

Antrag

der Abgeordneten Maria Eichhorn, Dr. Maria Böhmer, Claudia Nolte, Antje Blumenthal, Thomas Dörflinger, Ingrid Fischbach, Markus Grübel, Jürgen Klimke, Werner Lensing, Walter Link (Diepholz), Michaela Noll, Rita Pawelski, Hannelore Roedel, Albert Rupprecht (Weiden), Andreas Scheuer, Angela Schmid, Willi Zylajew und der Fraktion der CDU/CSU

Deutsch-russischen Jugendaustausch weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der intensive Jugendaustausch, wie er seit Jahrzehnten zwischen einer Reihe von Ländern und Deutschland stattfindet, bildet einen Grundpfeiler zur gesellschaftlichen Verständigung und Völkerfreundschaft mit unseren Nachbarstaaten. Das Deutsch-Französische Jugendwerk, das Deutsch-Polnische Jugendwerk und der deutsch-tschechische Jugendaustausch arbeiten vorbildhaft bei der Umsetzung dieses Gedankens und leisten wichtige Arbeit, um Schüler und Jugendliche der beteiligten Länder mit dem Ziel der vertieften Vertrauensbildung, der guten Nachbarschaft und Gemeinschaft zusammenzuführen.

Unter Berücksichtigung der engen Beziehungen, die Deutschland und Russland pflegen, und vor allem auch mit Blick auf die gemeinsame Geschichte ist es sehr zu begrüßen, diese künftig verstärkt auf gesellschaftlicher Ebene in Form eines Austauschprogramms für Kinder und Jugendliche zu flankieren. Der Jugend in Deutschland und in Russland kann damit für die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen eine wichtige Rolle zukommen.

Bereits heute unterstützen die Bundesrepublik Deutschland sowie zahlreiche private Organisationen den deutsch-russischen Jugend- und Schüleraustausch. Durch existierende bilaterale Abkommen werden schon jetzt Kontakte erleichtert und gefördert.

Die Basis dieser Zusammenarbeit soll in Zukunft verbreitert und durch intensiveren Austausch gestärkt werden. Hierzu unterzeichneten die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Russischen Föderation am 21. Dezember 2004 ein Abkommen über jugendpolitische Zusammenarbeit.

Der Deutsche Bundestag begrüßt

- die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation über jugendpolitische Zusammenarbeit;
- , dass der Anstoß zu diesem Abkommen von einer privaten Initiative ausging;
- die Absicht, den Austausch auf deutscher Seite in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft durchzuführen, wobei die Robert Bosch Stiftung und der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft hierzu vorbildliche Beiträge leisten;
- , dass der Austausch allen jungen Menschen beider Länder offen stehen soll;

- , dass der Austausch auf der Grundlage der Gegenseitigkeit stattfinden soll;
- , dass die gemeinsame Teilnahme von deutschen und russischen Jugendlichen an europäischen und internationalen Projekten möglich sein soll;
- , dass an dem Austausch die in der Jugendhilfe tätigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) sowie schulische Einrichtungen und auch private Initiativen beteiligt werden sollen;
- , dass neben den unterschiedlichen Austauschprogrammen die Möglichkeiten für freiwillige Tätigkeiten im Rahmen eines bürgerschaftlichen Engagements verbessert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- dafür Sorge zu tragen, dass der beiderseitigen Verständigung über demokratische Grundwerte und bürgerliche Freiheiten, insbesondere der Beachtung der Menschenrechte und politischen Freiheitsrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie der Meinungsfreiheit, des Pluralismus und des Minderheitenschutzes zentrale Bedeutung in den Programmen dieses Jugendaustauschs beigemessen und dabei auch europäische, multilaterale und internationale Fragen behandelt werden;
- das in dem am 21. Dezember 2004 unterzeichneten Abkommen über jugendpolitische Zusammenarbeit vorgesehene Büro zeitnah in beiden Ländern einzurichten, wobei Erfahrungen aus ähnlichen Programmen zurate gezogen werden sollen;
- den vielfältigen Austausch, insbesondere die Gleichwertigkeit der schulischen und außerschulischen, der sportlichen und kulturellen, sowie die beruflichen und universitären Austauschprogramme zu fördern, und für einheitliche Auswahlkriterien auf deutscher sowie russischer Seite zu sorgen, die für beide Seiten transparent sind und zwischen beiden Koordinierungsbüros abgestimmt werden;
- darauf zu achten, dass der Austausch den jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen beider Länder offen steht und regionale Konzentrationen im gegenseitigen Austausch vermieden werden, wobei der Förderung benachteiligter Jugendlicher und deren Betreuungseinrichtungen besondere Aufmerksamkeit zukommen sollte;
- dafür Sorge zu tragen, dass auf beiden Seiten unabhängige NROs die Möglichkeit zur Teilnahme an Entscheidungen des Jugendwerks mit Stimmrecht haben;
- Vorstellungen für die Zukunft zu entwickeln, wie eine angemessene Finanzierung des deutsch-russischen Jugendaustauschs aus öffentlichen und privaten Mitteln realisiert werden kann, um damit die Finanzierung der dazu notwendigen Infrastruktur auf Dauer zu gewährleisten. Die Bundesregierung sollte sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass dabei private Geldgeber einen erheblichen Beitrag zu diesem Budget leisten;
- die Maßnahmen des deutsch-russischen Jugendaustauschs auch mit Programmen ähnlichen Bezugs abzustimmen und unnötige strukturelle und inhaltliche Doppelungen zu vermeiden;
- sicherzustellen, dass das Jugendwerk durch Öffentlichkeitsarbeit auch in europäischer Vernetzung Impulse für ähnliche Einrichtungen anderer Staaten liefern und Synergien erzielen kann.

Berlin, den 18. Januar 2005

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion